



Bericht über das Ergebnis der Anhörung vom 18. März 2010 betreffend das Doppelbesteuerungsabkommen vom 18. Juni 2010 mit der Türkei

Der Entwurf zum Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei wurde im Rahmen der Anhörung den Kantonen und interessierten Wirtschaftsverbänden am 13. Juli 2009 zur Stellungnahme unterbreitet.

Die folgenden Wirtschaftsverbände und Organisationen wurden für die Anhörung angeschrieben:

- Economie suisse
- Schweizerischer Gewerbeverband
- Schweizerische Bankiervereinigung
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Schweizerischer Bauernverband
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund
- Kaufmännischer Verband Schweiz
- Schweizerischer Anwaltsverband
- Treuhand-Kammer / Schweizerische Kammer der Wirtschaftsprüfer, Steuerexperten und Treuhandexperten
- Treuhand Suisse
- Swissholdings, Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne in der Schweiz
- Swiss American Chamber of Commerce
- Transit- und Welthandel
- Verein Schweizerischer Unternehmen in Deutschland
- Verein Schweiz. Maschinenindustrieller
- Schweiz. Delegation bei der OECD
- Swissbanking

Ebenfalls zur Stellungnahme eingeladen wurde Swiss International Airlines.

Ergebnis der Anhörung

Einzig die Kantone Bern, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Zürich haben Stellung genommen. Die Kantone Bern, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Zürich waren mit dem Protokollentwurf einverstanden.

Von den Wirtschaftsverbänden haben sich die folgenden geäußert:

Economiesuisse begrüßt die Reduktion der Quellensteuern auf Dividenden bei Beteiligungen ab 20% und unterstützt die vereinbarten Bestimmungen zur Amtshilfe. Abschliessend ist sie der Ansicht, dass das neue Abkommen zu begrüßen ist.

Swissbanking hat den Abkommensentwurf insgesamt gutgeheissen. Dennoch bedauert sie, dass die Schweiz nicht dieselbe Behandlung betreffend der Beteiligungserträge erhalten hat, wie die Türkei sie den Niederlanden zugestanden hatte und dass der Nullsatz für Zinsen, Dividenden und Lizenzgebühren nicht vereinbart werden konnte.

Mehrere Verbände sprachen sich für eine möglichst rasche Ratifikation aus.

Die Zustimmung derjenigen Kantone und interessierten Wirtschaftsverbände, die in der angesetzten Frist nicht Stellung genommen haben, wird angenommen.